

Resolution beschlossen von der Jahreshauptversammlung des BUND
Landesverband Bremen e.V. am 16.06.2022

Zeitenwende für den klimagerechten Flächenschutz!

Die Folgen der sich beschleunigenden Klimakrise als globale Herausforderung, vor der wir alle stehen, werden immer dramatischer. Das Pariser Klima-Abkommen von 2015 mit der Formulierung des 1,5-Grad-Ziels sowie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021 sind eine unmissverständliche Ansage: Es ist immer dringender Zeit zum Handeln! Aktuell wird die enorme Bedeutung eines noch schnelleren Ausstiegs aus Kohle, Erdöl und Erdgas zusätzlich durch die Folgen des Ukrainekriegs unterstrichen. Umso erschütternder ist die aktuelle CO₂-Bilanz auch in Bremen: Unser Bundesland hat gerade mal knapp 22% Reduzierung der Treibhausgase geschafft; zählt man die Stahlwerke hinzu, ist es noch deutlich weniger. Immerhin hat sich der Senat jetzt zumindest das neue Ziel gesetzt, bis 2030 eine Einsparung von 60% und bis 2038 Klimaneutralität erreichen zu wollen.

Direkt mit der Klimabilanz zusammen hängt der Flächenverbrauch in Bremen. Jede neu bebaute Fläche erzeugt durch den Bau und Betrieb zusätzliche Klimagase. Und wenn dabei Grünbereiche neu versiegelt werden, fallen neben der CO₂-Speicherung auch die für die Klimaanpassung so wichtigen Regenspeicher und Hitzepuffer weg. Aber trotz aller politischen Versprechen zum sparsameren Umgang mit den knappen Flächen in unserem kleinen Bundesland schreitet der Flächenfraß weiter voran, ohne dass ein baldiges Ende („Netto-Null“) zu erkennen ist. Auch der „Gewerbeentwicklungsplan 2030“ (GEP), der noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden soll, wird den klimapolitischen Herausforderungen noch nicht wirklich gerecht. Der dickste Brocken ist die großflächige Versiegelung von fruchtbaren Hemelinger, Arberger und Mahndorfer Marschböden für das Gewerbegebiet Hansalinie. Hier gäbe es erhebliche Potenziale für eine flächensparendere Bauweise und die Schonung der Grünstrukturen verbunden mit mehr Ausgleichsmaßnahmen. Im aktuellen Bebauungsplan sind für einen großflächigen Natureingriff mit massiven Verlusten von gefährdeten Tierarten gerade einmal 30 Hektar Ausgleichsfläche vorgesehen.

Zwar viel kleiner, aber ökologisch auch von hohem Wert, ist die „Horner Spitze“. Auch dieses Natur- und Kinderparadies von „Kinder Wald und Wiese Bremen e.V.“ mit seinem besonderen Artenreichtum soll Gewerbegebiet werden. Dagegen wehrt sich ein Aktionsbündnis aus BUND Bremen, Kinder Wald und Wiese, Kleingärtnerverein und Bürgerinitiative Horner Spitze. Wir befürchten, dass die Horner Spitze nur der Anfang sein wird, um als nächstes die angrenzenden

Kleingärten zwischen Bürgerpark und Riensberger Friedhof ins Visier der Gewerbeflächenplaner zu nehmen.

Auch für den Wohnungsbau greift die Baupolitik noch immer auf unversiegelte Natur- und Waldflächen zurück. Alternativen gibt es genug: Revitalisierung alter industrieller Brachflächen, wie schon im Tabak-, Steingut- und Könecke-Quartier geplant, sowie konsequentere Förderung der Wohnraumschaffung im Bestand u.a. durch Umbau und Aufstockung von Gebäuden. Beispielsweise wurden 2021 nur 4% der ca. 1.700 fertiggestellten Wohnungen im Bestand gebaut.

Auch die Bremer Klima-Enquetekommission hat als zentrale Ziele einer klimagerechten Stadtentwicklung die möglichst ressourcenschonende und emissionsmindernde Entwicklung von Siedlungsflächen und die Sicherung und Entwicklung von klimawirksamen Grün- und Freiflächen empfohlen.

Der BUND Bremen erwartet deshalb vom Bremer Senat, dass diese Leitlinien deutlich stärker berücksichtigt werden:

- Flächenneuverbrauch schnellstmöglich auf Null reduzieren!
- Stärkerer Schutz von wertvollen Lebensräumen und Biotopen insbesondere in Verbindung mit älteren Baumbeständen und bestehenden Grünflächen!
- Konsequente flächendeckende Umsetzung der Empfehlungen und Programme zur Klimaanpassung in der grünen und blauen Infrastruktur!
- Entsiegelungs- und Begrünungsprogramme für öffentliche Flächen (z.B. Plätze, Schulhöfe, Parkplätze, ggf. Verkehrsflächen).